

2. Öffentliche Kundgebung des Hanauer Bündnis für Frieden und soziale Gerechtigkeit, 23.03.2023 Hanau

[Fotogalerie und Redebeiträge \(Ausschnitte\) bitte hier klicken](#)



“Nach unsere ersten gemeinsamen öffentlichen Aktion im November mit rund 1.000 Menschen rufen wir nun zu einer weiteren öffentlichen Kundgebung auf, um unsere gemeinsamen Forderungen in die Öffentlichkeit zu tragen!”

Wann: 23.03.2023, 11.00 Uhr,

Wo: Kurt-Baum-Platz in Hanau.

NACH UNSERER ERSTEN GEMEINSAMEN ÖFFENTLICHEN AKTION IM NOVEMBER MIT RUND 1.000 TEILNEHMENDEN, RUFEN WIR NUN ZU EINER WEITEREN ÖFFENTLICHEN KUNDGEBUNG AUF, UM UNSERE GEMEINSAMEN FORDERUNGEN IN DIE ÖFFENTLICHKEIT ZU TRAGEN!

Gleichzeitig ruft ver.di die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu einem ganztägigen Streik auf, um ihrer Forderung nach 10,5 %, mindestens jedoch 500 € Entgeltsteigerung Nachdruck zu verleihen. Als Hauptrednerin wird Renate Sternatz stv. DGB Bezirksvorsitzende Hessen-Thüringen erwartet. Wir werden die Betriebe und Verwaltungen sowie die Straße nicht den rechten Hetzern überlassen und grenzen uns von diesen entschieden ab.

Seit Monaten tobt ein Krieg in der Ukraine, der massive Auswirkungen auf unser Leben hat und der sich weiter zuspitzt und droht, sich zu einem Dritten Weltkrieg auszuweiten. Viele von uns spüren die unter anderem durch den Krieg und Sanktionen entstandene Inflation und die explodierenden Energiekosten sowie die stark steigenden Nahrungsmittelpreise täglich im Geldbeutel. Die steigenden Preise treffen vor allem Arbeitnehmer:innen und ihre Familien, Rentner:innen, Erwerbslose sowie Studierende und Schüler:innen.

Wir erleben eine gigantische Aufrüstung und einige Großkonzerne machen hohe Extraprofite. Die Milliarden, die nun in Aufrüstung und als Geschenke an Großkonzerne verteilt wurden und werden, müssen am Ende durch die Allgemeinheit getragen werden. Es ist zu befürchten, dass dies vor allem durch Sozialabbau wieder eingeholt werden soll. Von alleine wird es keine andere, sozialere und friedensichernde Politik geben. Es ist deshalb an der Zeit aufzustehen.

STATT DURCHHALTEPAROLEN UND ENERGIESPARTIPPS BRAUCHEN WIR FRIEDEN UND MEHR SOZIALE GERECHTIGKEIT. UNSERE FORDERUNGEN AN DIE REGIERENDEN LAUTEN DAHER:

► **Verstärkte diplomatische Bemühungen** um dafür zu sorgen, dass die Waffen in der Ukraine wieder ruhen und ein Vorgehen für friedensschaffende Maßnahmen unter Berücksichtigung aller Interessen.

► **Aufrüstungspakete in die Bereiche, die ein gutes Leben für alle Menschen sichern und fördern:** Umwidmung des 100-Milliarden-Aufrüstungspakets der Bundeswehr in Bildung, Pflege, soziale Arbeit, die öffentliche Verwaltung, eine funktionierende Infrastruktur, klimagerechte Mobilität, gepflegte Grünanlagen und Parks, interessante Kulturangebote, in gelungene Integration und

sozialen Zusammenhalt - kurzum in die öffentliche Daseinsvorsorge. 15 Milliarden-€ kostet die Umsetzung der Tarifforderung und würde eine bedeutsame Steigerung der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit im öffentlichen Dienst bedeuten.

► **Einführung einer wirksameren Übergewinnsteuer**, wie es andere europäische Länder erfolgreich vor machen und eine höhere Besteuerung von Kapitaleinkünften, großen Erbschaften und Vermögen.

► **Eine sozial ausgewogene Energiepreispauschale in Höhe von 500 Euro** als weitere Soforthilfe

sowie wirksame staatliche Regelungen für alle, die die Energiepreisexlosion nicht verkraften können, unter anderem durch ein Verbot von Strom- und Gassperren sowie ein Kündigungsmoratorium für Wohnungen um Mieter:innen zu schützen.

► **Eine unabhängige und klimafreundlichere Energieversorgung sicherstellen:** Zügiger Ausbau erneuerbarer Energien.

► **Ausweitung der Tarifbindung** und höhere Reallohne sowie eine Erhöhung der Mindestausbildungsgütung.

Inflationen zeichnen sich durch eine besondere soziale Schieflage aus. Die, die am wenigsten besitzen werden besonders hart davon getroffen. Die Sicherung der Einkommen durch einen dauerhaften Inflationsausgleich, insbesondere für die Beschäftigten mit mittlerem und niedrigem Einkommen, steht deshalb im Zentrum unserer Bündnisaktivitäten gemeinsam mit den Gewerkschaften.

Wir rufen zur Demonstration auf am DONNERSTAG, DEM 23. MÄRZ 2023 UM 10 UHR AM KURT-BLAUM-PLATZ HANAU HIN ZUM FREIHEITSPLATZ, um unseren Forderungen nach Frieden, höheren Entgelten und mehr sozialer Gerechtigkeit weiter Gehör zu verschaffen.

HANAUER BÜNDNIS FÜR FRIEDEN UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

- Beteiligte Organisationen:
- DGB Südosthessen
 - IG Metall Hanau-Fulda
 - ver.di Main-Kinzig/Osthessen
 - Hanauer Friedensplattform
 - WN-BdA Main-Kinzig
 - DDF Hanau
 - Fridays for Future Hanau
 - Internationaler Jugendverein Hanau

V.Sd.P. ver.di vernetzte Dienstleistungsgewerkschaft, ver.di Bezirk Main-Kinzig/Osthessen, Verantwortlich: Rutika Jippen, Am Freiheitplatz 6, 63450 Hanau

Zur ersten öffentlichen Aktion im November 2022 [hier lesen](#)